Prinzip Sandkorn

Mit einem Spitzel-Heer gehen Chinas Geheimdienste auf die Jagd nach dem wichtigsten Rohstoff von Exportweltmeister Deutschland: Know-how. Sogar Berliner Ministerien werden Opfer von Hacker-Angriffen. Die Bundesregierung ist entsetzt – und machtlos.

Es war an einem Dienstag im Mai, als die Bundesregierung vom Angriff auf Deutschland erfuhr. Im Lagezentrum des Kanzleramts, vierte Etage, saßen an diesem Morgen die Staatssekretäre der wichtigsten Ressorts: Innen, Außen, Justiz und Verteidigung. Kanzleramtschef Thomas de Maizière eröffnete die nachrichtendienstliche Lage, so wie jeden Dienstag um 10 Uhr – eine Art wöchentliche Sicherheitsratssitzung der Regierung.

Diesmal aber stand ein Mann im Raum, eisgrauer Kinnbart, fester Blick, der nichts über islamistische Schläferzellen oder militante G-8-Gegner zu berichten hatte. Hans-Elmar Remberg, Vizepräsident des für Spionageabwehr zuständigen Bundes-

UTA RADEMACHER (L.); RAINER KLOSTERMEIER / VISION PHOTOS (R.)

Chinas Ministerpräsident Wen mit Kanzlerin

Merkel (beim Staatsbesuch im Mai 2006 in Peking), Bundeskanzleramt: *Chinesische Armee im Berliner Regierungsviertel*

XINHUA / DAS FOTOARCHIV

Nationaler Volkskongress in Peking
Sturm an die Spitze der Weltwirtschaft

amts für Verfassungsschutz, legte einen Satz Folien auf den Projektor, und seine Erklärungen waren für die Runde ein Schock.

Eine Computerattacke also. Der Feind, schilderte Remberg, kam fast jeden Tag aus Lanzhou in Nordwest-China, aus Kanton im Süden und aus Peking. Er tarnte sich als Word-Datei oder als Powerpoint-Vortrag; wenn man ihn anklickte, infizierte er den Rechner. Und: Der Feind war hier, er war ins Berliner Regierungsviertel eingedrungen.

Die digitale Armee bestand aus Trojanern, unsichtbaren Computerspähprogrammen. Dahinter steckte offenbar der chinesische Staat, eine Gruppe von Hackern, die Remberg der chinesischen Volksbefreiungsarmee zurechnete; eine Umleitung über Computer in Südkorea sollte die Herkunft verwischen.

Deshalb hatte Rembergs Verfassungsschutz schon vor Wochen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik die größte digitale Abwehrschlacht der Republik gestartet. In mehreren Ministerien filzten die Sicherheitsbehörden alle Rechner, sie klemmten sich in die Leitungen und beobachteten, welche Daten eingingen, vor allem: welche die Regierung verließen.

Die Aktion läuft bis heute. Rund 160 Gigabyte aus deutschen Regierungsrechnern konnte die Abwehr gerade noch vor dem Abgang nach Fernost retten. Sie fand die chinesischen Spionageprogramme im Kanzleramt und im Auswärtigen Amt, im Wirtschaftsministerium und im Forschungsministerium. „Keiner weiß aber“, sagt ein deutscher Spitzenbeamter, „was schon alles abgeflossen ist.“ Und schlimmer: Wo die Chinesen sonst noch unerkannt ihre Trojaner geparkt haben.

Wenn ihre Agenten nämlich bisher etwas notorisch an Deutschland interessiert hatte, dann deutsche Spitzentechnologie – alles, was China selbst brauchen kann, um noch schneller an die Spitze der Weltwirtschaft zu stürmen. Haben ihre Trojaner also auch unerkannt Tausende deutsche Unternehmensrechner verseucht? Der Angriff auf Wirtschafts- und Forschungsministerium lässt die Fachleute das Schlimmste befürchten. „Dranbleiben“, forderte also Thomas de Maizière; der Verfassungsschutz will auch Unternehmen bei der Jagd nach Trojanern helfen.

Der Angriff aus China ist für die Bundesregierung mehr als ein Sicherheitsproblem. Er ist eine schwere Enttäuschung. Nach Kräften hatten sich in der Vergangenheit erst Kanzler Gerhard Schröder, dann seine Nachfolgerin Angela Merkel um die chinesische Freundschaft bemüht, bei mehr oder weniger pflichtschuldiger Kritik an Menschenrechtsverletzungen und Ökosünden.

Auch in dieser Woche will Merkel bei ihrem Staatsbesuch in China zwar den Klimawandel und den chinesischen Beitrag dazu ansprechen, ansonsten aber vor allem das deutsch-chinesische Beziehungsklima preisen, fördern, „auf eine neue Stufe klettern lassen“, wie chinesische Zeitungen im Vorfeld säuseln. Und als Folge dieser wohltemperierten Beziehungen legt die deutsche Wirtschaft schon seit Jahren steil ansteigende Bilanzkurven im China-Geschäft hin, investiert Milliarden in China, importiert für Milliarden aus China. Umso härter trifft da der dreiste Versuch der chinesischen Geheimdienste, den Partner auszuplündern, den angeblichen Freund.

Er raubt dabei nicht nur Regierungsgeheimnisse – das allein wäre schon

Gebaut wie geklaut?

Unternehmen aus der Volksrepublik greifen Hochtechnologie-Produkte aus Deutschland an

Chinesischer Regionaljet ARJ 21 (Feier zum Montagestart im März in Shanghai)

Kleinwagen aus China

In China nachgebaute

schlimm genug. Er raubt auch gleich noch das Volksvermögen: deutsches Know-how. Den einzigen nennenswerten Rohstoff, den die Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb um Wohlstand zu bieten hat.

Die Attacke führt daher selbst Gute-Miene-Vertretern der deutschen China-Politik vor Augen, dass der rasante Aufstieg in Fernost zur viertgrößten Wirtschaftsmacht vor allem eines ist: ein rabiater Aufstieg, der auf Befindlichkeiten oder Empfindlichkeiten kaum Rücksicht nimmt, der sich weder um bilaterale Verhältnisse noch um internationale Verträge schert. Seit fünf Jahren seien die Chinesen jetzt schon in der Welthandelsorganisation (WTO), doch das Land tue immer noch so, als stehe es gerade mal am Rand des Systems, klagte erst im vergangenen Oktober mal wieder EU-Handelskommissar Peter Mandelson.

Stattdessen, so der Verfassungsschutz, greifen die Chinesen an, indem sie abgreifen. Sie stehlen: Laptops von deutschen Messeständen, Datensätze aus deutschen Firmenrechnern. Sie erpressen: Konstruktionspläne, die Ausländer abliefern müssen, bevor sie Zugang zum China-Markt bekommen. Sie kopieren: nicht nur die Verpackung, sondern gleich die komplette Verpackungsanlage. Sie klauen so schamlos, so systematisch, so selbstverständlich das geistige Eigentum des Westens, dass dieses Kriegen um jeden Preis längst den Charakter eines Krieges um den höchsten Preis angenommen hat: die Weltmarktführung auch im Hochtechnologie-Bereich.

Ein Masterplan des Politbüros gibt die Richtung vor, Tausende Betriebe setzen ihn um: Vorbei die Zeiten, als chinesische Firmen nur billige Massenprodukte auf den Weltmarkt warfen. Nun geht es um Grundlagenforschung und Schlüsseltechniken, um Elektronik und Software – von Nano bis Giga. Alles hochbegehrt, alles schwer erhältlich.

Zum großen Plan gehört deshalb auch, was zwar vermutlich alle Industriestaaten tun, aber keiner so penetrant: staatliche Wirtschaftsspionage. Sie wird von Chinas Geheimdiensten nicht als Spezial-, sondern als Standardwaffe im Kampf ums Know-how eingesetzt. Kein anderer hat nach Erkenntnissen der Verfassungsschützer solch ein dichtes Graswurzelwerk gesät, keiner fordert so selbstverständlich seine in aller Welt verstreuten Landsmänner und Landsfrauen auf, zu kopieren und zu fotografieren, zum Ruhm und Vorteil der eigenen Volkswirtschaft.

„Die chinesische Spionage im Technologiebereich macht mir große Sorgen“, klagt deshalb der Parlamentarische Staatssekretär Hartmut Schauerte, China-Experte im Bundeswirtschaftsministerium. Und Johannes Schmalzl, Verfassungsschutzchef in Baden-Württemberg, bestätigt für den Bereich Wirtschaftsspionage: „60 Prozent unserer Verdachtsfälle haben inzwischen mit China zu tun“ (siehe Seite 28).

Die Spionagetätigkeit der Volksrepublik wird damit zum Gegenstück der allfälligen Versprechen aus Peking, gegen den illegalen Ideenimport endlich rigoros vorzugehen. Und der wohl staatlich gesteuerte Versuch, sogar das Kanzleramt anzuzapfen, zeigt nur, wie sicher sich die Großmacht im Osten seiner Doppelstrategie aus Besänftigung und Beschnüffelung ist.

Einer, der erzählen kann, wie Deutsche in China mutmaßlich mit Hilfe von Geheimdienstlern um jahrelang aufgebautes Know-how gebracht werden, sitzt in Han-

Chinesische Nachrichtendienste

mit dem Zielbereich Wirtschaft/ Wissenschaft und deren Aufgaben

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT
- Inlands- und Auslandsnachrichtendienst

MILITÄRGEHEIMDIENST, HAUPTVERWALTUNG NACHRICHTENWESEN
- Militärischer Inlands- und Auslandsnachrichtendienst

ELEKTRONISCHE ABHÖRABTEILUNG
- Fernmelde- und elektronische Aufklärung

Quelle: Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg

im „Smart“-Design

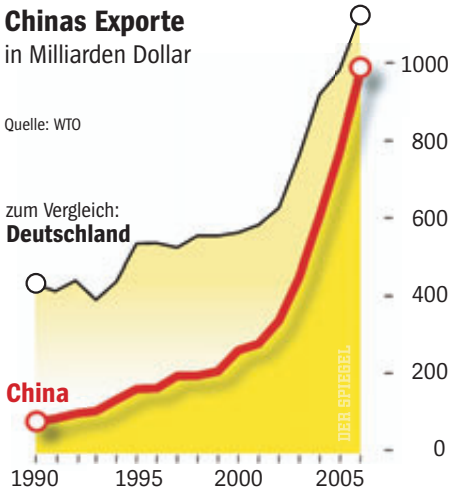
Pipeline-Schweißfahrzeuge der Firma Vietz

Kettensäge des schwäbischen Herstellers Stihl und chinesischer Nachbau (hinten)

XINHUA / DAS FOTOARCHIV (L.); ZHOU JUNXIANG / IMAGINECHINA (M. O.); PETER SCHINZLER (R.)

nover hinter seinem Schreibtisch: Eginhard Vietz, 66, geschäftsführender Gesellschafter der Firmengruppe Vietz mit 200 Beschäftigten.

Dabei hatte der Spezialist für Pipeline-Schweißmaschinen mehr China-Erfahrung als fast jeder andere Investor. Schon Ende der siebziger Jahre hielt er dort Vorträge über Schweißtechniken, in Ürümqi, einem Zentrum der chinesischen Petrochemie, vor 3000 Zuhörern in der Halle des Volkes. Er erinnert sich noch, wie ihn einmal Deng Xiaoping empfing, der KP-Patriarch, der nach Jahren der Isolation unter Mao Zedong die Aufholjagd der chinesischen Wirtschaft startete. Und auch an Geschäftsessen, bei denen lebenden Affen mit einem Hämmerchen die Schädeldecke eingeschlagen wurde, um ihr warmes Gehirn auszulöffeln. „Ich war doch China-Kenner, ich hätte nie gedacht, dass ich angezapft werde“, sagt Vietz mit einer Stimme, immer noch halb empört, halb erschüttert.



Als ihm einer der größten chinesischen Konzerne, zu 100 Prozent im Staatsbesitz, 2003 vorschlug, seine Maschinen in einem Joint-Venture-Unternehmen in Peking zu bauen, dachte Vietz an das Geschäft seines Lebens. Preiswert in China herstellen, gemeinsam den Weltmarkt erobern, so malte ihm das der Partner aus. Noch im gleichen Jahr unterschrieb er den Vertrag, schon im Januar 2004 begann in einem riesigen Industriegebiet der Hauptstadt die Produktion.

Nach zwei Monaten wunderte er sich allerdings, dass immer wieder andere Mitarbeiter in seinem Betrieb standen. Vietz, der Typ Chef, der es selbst geschafft hat und deshalb nur sich selbst vertraut, verabschiedete sich deshalb nach einem Besuch mit viel Trara zur Heimreise. Tatsächlich aber mietete er sich ein Auto, legte sich mit einem Fernrohr auf die Lauer und sah, wie mittags ein Bus vorfuhr. Acht Chinesen stiegen aus, acht ein, Vietz verfolgte den Bus, und nach zehn Kilometern stand er vor einer anderen Halle, die doch die gleiche war. Er schlich sich durch eine unverschlossene Tür und sah: ein Spiegelbild der Joint-Venture-Fabrik, diesmal nur ohne seine Beteiligung.

Im Rest der Geschichte kommen vor: ein Geschäftsführer des Partnerunternehmens, der plötzlich für einen Herrn Vietz nicht mehr zu sprechen war. Ein neu eingestellter Ingenieur, der seinen Laptop mit Daten des Firmencomputers volllud, den Vietz ihm wiederum aus der Hand reißen wollte. Polizisten, die sich für unzuständig erklärten. Ein Einbruch, bei dem Tresor und Hauptrechner abhandenkamen. Und schließlich ein entnervter Vietz, der im Januar 2006 den Polizeichef der Wirtschaftszone anschrie: „Ihr Schweine, ihr Verbrecher, was macht ihr mit mir?“

Im gleichen Monat beendete er das Joint Venture; kurz danach tauchten Geräte aus chinesischer Produktion in China und Indien auf, im Sudan und Brasilien, in Algerien und Indonesien, und das Einzige, was sie von Vietz-Geräten aus Hannover unterschied, war der Motor des britischen Herstellers Perkins: „Unsere hatten Originalmotoren, die Chinesen hatten gefälschte, die nach ein paar Monaten kaputtgingen.“ Rund 2,5 Millionen Euro verlor der Unternehmer, und er ist sicher: „Das war staatsgelenkt“, so etwas gehe nicht ohne Anweisung von oben und ohne geheimdienstliche Methoden.

Zumindest passt das perfekt ins Bild, das Verfassungsschützer und Sicherheitsberater der deutschen Wirtschaft vom Know-

Modell einer chinesischen Magnetschwebebahn

Bagger-Greifarm der chinesischen Firma Sany Heavy Machinery

Zonda-Bus mit Designelementen deutscher Neoplan-Fahrzeuge

WU CHANGQING / IMAGINECHINA (L.)

how-Raub zeichnen. „Wer in China Geschäfte machen will, muss darauf gefasst sein, ausspioniert zu werden“, warnt etwa Berthold Stoppelkamp, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit der Wirtschaft (ASW), hinter der unter anderem der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) steht. Firmen sollten besser damit rechnen, dass die Geheimdienste in China alle Telefonate, Faxe und E-Mails mithören oder mitlesen.

„Wir können nur raten, wichtige Informationen möglichst zu splitten und häppchenweise per Telefon, Mail und Fax nach Deutschland zu übermitteln“, bestätigt ein China-Spezialist beim bayerischen Verfassungsschutz, der lieber ungenannt bleiben will. Und unter Funktionären deutscher Wirtschaftsverbände raunt man sich zu, selbst die Büros der deutschen Auslandshandelskammer in Peking und Shanghai seien vermutlich verwanzt.

Dass das Reich der Mitte nicht immer reich an Sitte ist, gehört zwar längst zum allgemeinen Erfahrungsschatz deutscher Unternehmen. 2006 beschlagnahmte der hiesige Zoll Plagiate im Wert von 1,2 Milliarden Euro, fünfmal so viel wie im Vorjahr, das meiste davon aus China. Ganze Regionen, in denen die Wirtschaft vor allem von Piraterie lebt, bescheren Unternehmen hierzulande nach Angaben des Bundesfinanzministeriums Milliarden an Umsatzeinbußen; so kann etwa die Firma Neoplan in China nur noch ganz schwer Busse verkaufen, seitdem dort Busse wie Neoplan-Busse aussehen, aber nicht von Neoplan stammen, sondern von Zonda, der chinesischen Konkurrenz.

Doch so üppig die Anekdoten über chinesische Geschäftspraktiken, so zuversichtlich sind deutsche Firmenchefs andererseits, dass es im eigenen Fall schon nicht so schlimm kommen werde. Unverändert gilt China bei ihnen als das neue Land der unbegrenzten Möglichkeiten, mit einem fulminanten Wirtschaftswachstum von im Schnitt jährlich neun Prozent seit 1980.

Immer öfter werden ganze Hightech-Geräte bis hin zum Zierstreifen kopiert.

400 Millionen Billiglöhner sorgen dafür, dass die Aufsteigernation im kommenden Jahr aller Voraussicht nach Deutschland, wo Arbeiter 30-mal so viel verdienen, als Exportweltmeister entmachten wird. Und mit 1,3 Milliarden Kunden bietet China einen Heimatmarkt, an dem kein internationaler Konzern vorbeikommt. Allein Adidas will dort im Jahr 2010 eine Milliarde Euro Umsatz machen. In keinem anderen Schwellenland investieren Ausländer deshalb so viel Geld – alle wollen beim Boom dabei sein.

In Europa profitieren zudem die Deutschen am stärksten vom Hunger des wachsenden Giganten: Für 27,5 Milliarden Euro bediente sich China im vergangenen Jahr bei hiesigen Firmen. Dazu passt, dass 63 Prozent der Chinesen, so eine neue Umfrage der Managementberatung BBDO Consulting, für deutsche Marken schwärmen. Umgekehrt lieferten Unternehmen aus China für 48,8 Milliarden, darunter auch der Großteil jener 2000 deutschen Firmen, die in dem Riesenreich produzieren.

Es gibt deshalb immer noch die euphorische Sichtweise aufs China-Geschäft. Sie wird gefüttert mit Umfragen wie die der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Grant Thornton, wonach jeder vierte deutsche Mittelständler dem fernöstlichen Riesen ein starkes oder gar sehr starkes Umsatzplus verdankt. Doch es gibt auch den enttäuschten Blick, und bei vielen Unternehmen in dieser Reihenfolge: erst euphorisch, dann ernüchtert, dann entsetzt.

Bei einer Umfrage unter Firmen, die in China Geschäfte machen, beklagten 39 Prozent gegenüber dem Aktionskreis Deutsche Wirtschaft gegen Produkt- und Markenpiraterie, dass ihre Waren dort schamlos abgekupfert werden. Immer öfter werden ganze Hightech-Geräte kopiert, fast immer getreu bis zum letzten Zierstreifen, bis zur gleichen RAL-Farbe.

Besonders hart betroffen ist der Maschinen- und Anlagenbau, die Kernzelle der

Exportschmiede Deutschland: Zwei Drittel aller befragten Mitgliedsunternehmen des Lobby-Verbands VDMA stöhnen über Produktpiraten – vor vier Jahren nur die Hälfte; 75 Prozent der Geschädigten zeigen mit dem Finger nach China.

Im äußersten Fall endet das so wie bei der Firma Micotrol im fränkischen Alzenau, die schon in den Neunzigern stark auf den chinesischen Markt gesetzt hatte. Der Spezialist für Elektronik von Aufzügen lieferte dort an einen Großkunden, der sich bald danach zum Verwechseln ähnlich in „Micocontrol“ umbenannte. Auch die Komponenten, die er nun zu Billigpreisen auf den Markt brachte, sahen fast so aus wie die Originale aus Alzenau; ein Mitarbeiter der deutschen Firma hatte den Chinesen beim Nachbau geholfen. Im Juli 2003 kam für die Micotrol das Ende – für Unternehmertochter Alice Maria Salber, die mit einer Nachfolgegesellschaft einen Neuanfang gewagt hat, war das mehr als eine wirtschaftliche Katastrophe: „Das Lebenswerk meiner Eltern ist zerstört.“

Zwar ist von Fall zu Fall schwer zu sagen, ob der chinesische Staat solche Raubzüge anordnet, sie nur duldet, oder ob sie auf das Konto eines wildwuchernden Unternehmertums gehen. Besonders schwammig wird es erst recht, wenn die chinesischen Kopier-Werke auch noch in staatlicher oder halbstaatlicher Hand sind – was ist dann Konkurrenz-, was Staatsspionage? Und ebenso wenig lässt sich der Anteil an klassischer Agententätigkeit jedes Mal bestimmen: Schließlich reicht die Bandbreite vom simplen Nachbau, für den sich geschickte Handwerker nur ein Original als Vorlage kaufen müssen, bis zur Rekonstruktion komplizierter Herstellungsverfahren. Dort geht es etwa um softwaregestützte Hochpräzisionstechnik, deren Geheimnisse sich ohne Spionage kaum lüften lassen.

Das Ergebnis ist allerdings in allen Fällen das gleiche: ein Verlust an Know-how, der gerade Mittelständler mit Spitzentechnik die Existenz kosten kann. Für diese Firmen, die gutgläubig, blauäugig und natürlich auch etwas gierig nach Fernost gegangen waren, entpuppt sich China als Pfefferkuchenhaus: Sie wollten daran knabbern, nun merken sie zu spät, dass in Wahrheit sie selbst mit Haut und Haaren gefressen werden.

Auf Verständnis, gar auf Mitleid können geschröpfte Europäer in China kaum zählen. Ideenklau ist ein Massenphänomen; Medikamente, Diplome, sogar Schulbücher, alles wird gefälscht, und so sehr sich europäische Firmen empören: Das wohl erste Opfer von Betriebsspionage war China selbst, der Täter ein Europäer. Im 18. Jahrhundert gelang es einem französischen Jesuitenpater, sich aus der hermetisch abgeschirmten Porzellanstadt Jingdezhen in seine Heimat abzusetzen, mit Unterlagen über Mixturen und Produktionsverfahren im Gepäck.

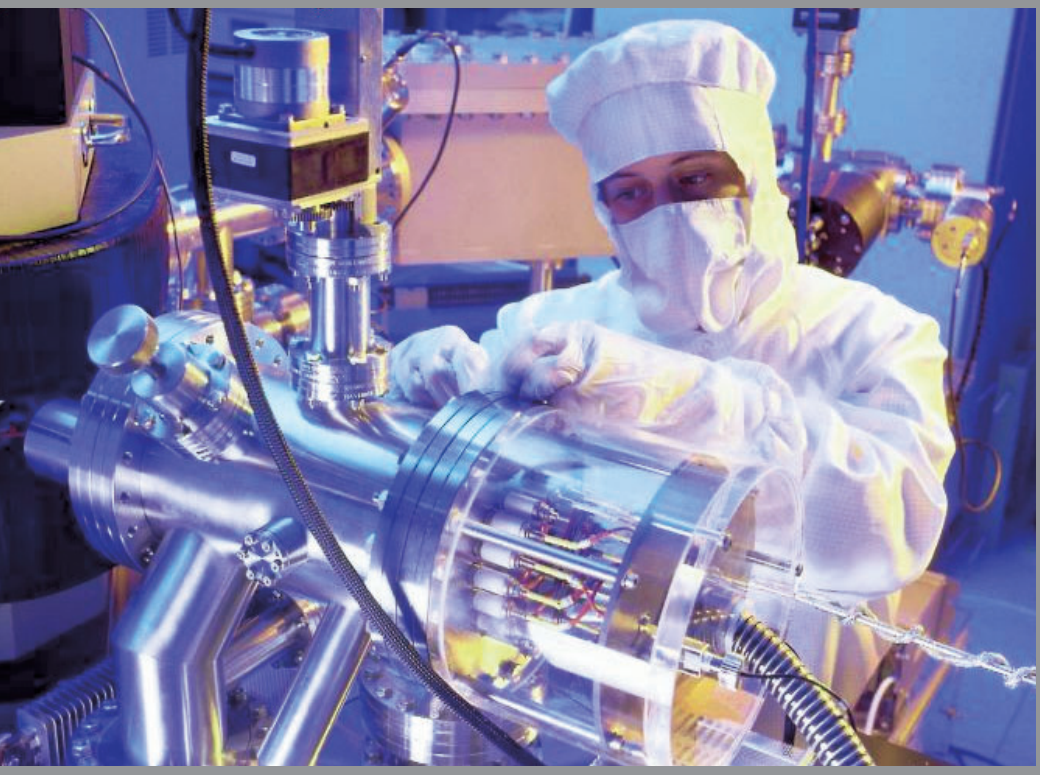
Vom Nationalphilosophen Konfuzius (551 bis 479 vor Christus) hatten die Chinesen da aber schon lange gelernt, dass Kopieren eine Kunst, für den kopierten Meister eine Ehre und auch sowieso die beste Methode sei, etwas zu erreichen: „Wer nicht in den Spuren anderer wandelt, kommt nicht ans Ziel.“ Und Mao impfte ihnen jahrzehntelang ein, dass allen alles gehöre und intellektuelles Eigentum so wenig schützenswert sei wie der Intellektuelle als solcher.

Schon vor dem wirtschaftlichen Aufbruch war die mentale Prägung der Volksrepublik China, auf Englisch „People’s Republic of China“, deshalb die einer „People’s Republic of Cheats“, einer Schwindlerrepublik, wie das Hongkonger Wirtschaftsblatt „Far Eastern Economic Review“ spottet. Doch mit dem ehrgeizigen Ziel, in einer Tour de Force zur Wirtschaftsnation Nummer eins aufzusteigen, wurde der Ideenklau nun zum Doping der chinesischen Volkswirtschaft: ein Turbomittel, das hemmungslos eingesetzt wird, um auf jeden Berg zu kommen, vor allen anderen, am besten ohne alle anderen.

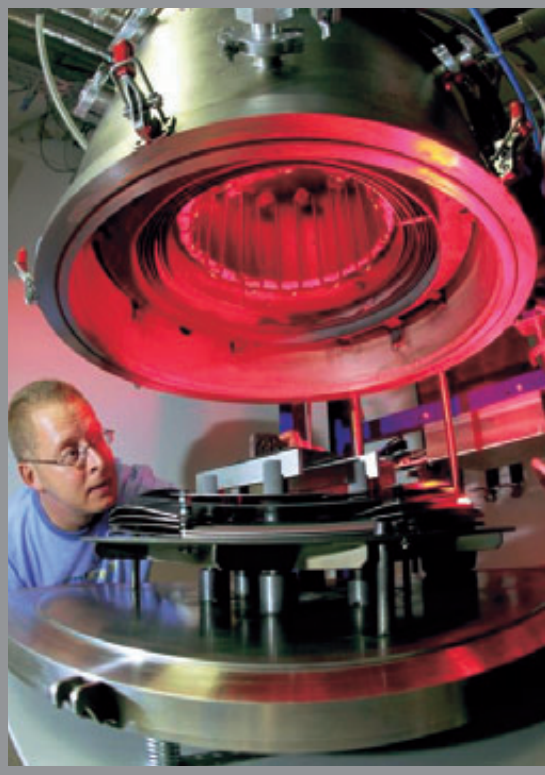
Welche Höhen in welcher Zeit unbedingt zu nehmen sind, bestimmt die Partei per Masterplan – der „Plan 863“, der die

Spitzel in der Spitzenforschung

Ziele chinesischer Geheimdienste in deutschen Instituten



Oberflächen-Analytik



Metallforschung

FUCHS-FOTO.DE (L.); JAN-PETER KASPER / PICTURE-ALLIANCE/ DPA (R.)

Aufholjagd befiehlt, stammt aus dem März 1986. Seitdem ist die gesamte Wirtschaft der Volksrepublik darauf angelegt, dem Westen industrielles Wissen abzutrotzen, mit allen Mitteln, legal oder illegal.

Zahlreiche Ministerien arbeiten an solchen Plänen, mit Hunderten von Wissenschaftlern, die den Weltmarkt in 15 Forschungsbereichen beobachten: Was tut sich in der Energietechnik, Raumfahrt, Biotechnologie? Was kann die heimische Industrie, was die weltweite Konkurrenz? Das alles steht in jährlichen Berichten, die sich als Pflichtenhefte für die heimische Wirtschaft verstehen – und wenn die eigenen Forscher und Ingenieure nicht weiterkommen, als Beschaffungsliste für den Geheimdienst.

Da gibt es etwa „Plan 973“ vom März 1997, der die Ziele der Grundlagenforschung festlegt, unter anderem für Landwirtschaft, Gesundheitswesen und Umwelttechnik. Oder den „Fackel-Plan“, mit dem die Chinesen ihre Entwicklungen in Hochtechnologiesparten wie Informationsverarbeitung oder Maschinenbau vorantreiben. Und im vergangenen Frühjahr listete Chinas Staatsrat noch einmal erstaunlich detailliert all die Innovationen auf, die bis 2020 den technischen Führungsanspruch untermauert haben sollen: von Mikrochips über Jumbo-Jets bis hin zur Raumfahrttechnik, alles made in China.

Was die Volksrepublik allerdings unter „Innovation“ versteht, verrät Shang Yong, der Vizeminister für Wissenschaft und Technologie, in seinen Vorträgen recht freimütig: Sein Land, sagt Shang, strebe danach, geistiges Eigentum auf Grundlage von importierter Technologie „wieder zu kreieren“.

„Wieder kreieren“ bedeutet nichts anderes, als ausländische Produkte ein wenig abzuwandeln und ihnen anschließend seinen eigenen Stempel aufzudrücken. Dazu

Allein bei der Armee gibt es mindestens fünf Spähorganisationen.

hat sich China ein ganzes Arsenal an Instrumenten geschaffen, auch wenn die Führung beteuert, mit erpresstem Techniktransfer habe das alles nicht das Geringste zu tun. So sind ausländische Unternehmer gezwungen,

- sich einen chinesischen Joint-Venture-Partner zu nehmen, wenn sie eine Fabrik in wichtigen Sparten wie der Automobilindustrie errichten wollen; oft bestimmt der Staat auch noch die Braut solcher Zwangsehen;
- einen hohen Fertigungsanteil in China zu garantieren, um bei öffentlichen Aufträgen überhaupt eine Chance zu haben;
- ihre Importwaren einem Zertifizierungsverfahren zu unterwerfen, angeblich, damit ausländische und einheimische Erzeugnisse den gleichen Standard haben. Anfangs verlangte China die technischen Unterlagen von 132 Produkten in 19 Kategorien, seitdem ist die Liste ständig gewachsen. Ab Mai 2008 gilt die Zertifizierungspflicht auch noch für Landwirtschaftsmaschinen;
- bei technischen Projekten detaillierte Dokumentationen an sogenannte Design-Institute durchzureichen. Laut dem Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA) kümmern sich die gleichen Staatsinstitute auch um die Schulung chinesischer Fachkräfte. Ziel: das nächste Projekt allein durchziehen zu können.

In jene Grauzone schmuddeliger Tricks gehört dann auch das Scannen ausländischer Patente. Bienenfleißig prüfen chinesische Firmen westliche Erfindungen; wenn diese noch nicht in China registriert sind, tragen sie die Neuerung fix auf ihren Namen ein. Allein 2006 ließen chinesische Firmen 210 490 Schutzrechte bei der staatlichen Patentbehörde Sipo sichern, das waren 21,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Dass es sich bei all diesen Patenten um chinesische Weltneuheiten handelt, glaubt auch in China keiner.

Das alles ist zwar ohne Frage sehr nützlich beim „Wiederkreieren“. Manchmal

aber helfen alle legalen und scheinlegalen Methoden nicht weiter. Etwa, weil ausländische Firmen so vorsichtig sind, nur ihre Massenware in China zu produzieren, so wie Deutschlands größter Kugellager-Hersteller, die Schaeffler-Gruppe aus Herzogenaurach. Und was tun, wenn es in China an Grundlagenforschung fehlt?

In solchen Fällen übernehmen offenbar die Geheimdienste. Sie beschaffen, was Chinas Wirtschaft nicht schafft, trotz wachsender Anstrengungen im Bereich Forschung und Entwicklung, und sie beschaffen es, natürlich, auch in China selbst: Noch heute sind sie bei Siemens und Thyssen Krupp fassungslos, dass 2004 chinesische Ingenieure in Shanghai nachts in eine Halle schlichen, um sich ein Bild, genauer gesagt ein Vermessungsprotokoll, vom dort geparkten deutschen Transrapid zu machen. In ein paar Monaten soll nun eine chinesische Magnetschwebebahn fahren, Name: CM1 Dolphin.

Ein anderes Unternehmen verlor seinen leitenden Ingenieur an die Liebe – und seine Spitzentechnologie an die chinesische Konkurrenz. Der Spezialist für Oberflächenbeschichtungen ließ sich ins Bordell einladen, eigentlich die klassische Vorlage für eine Erpressung. Doch stattdessen notierten sich die Chinesen seine speziellen Vorlieben, besorgten ihm eine passende Gespielin, und das Ergebnis war das gewünschte: Der Mann ließ seine Frau in Deutschland sitzen, heiratete die Chinesin, und die Produkte seiner Ex-Firma gibt es nun auch aus chinesischer Herstellung.

Unter China-Reisenden auch oft erzählt: die Anekdote von der deutschen Delegation, die abends im Hotel einchecke. Schon am nächsten Morgen überraschten die chinesischen Verhandlungspartner mit Kenntnissen, die nur einen Ursprung haben konnten: die Laptops, die am Vorabend auf den Zimmern geblieben waren, als die deutschen Manager einen Absacker an der Hotelbar nahmen. Besonders einfach haben es die chinesischen Geheimdienste immer dann, wenn es ihnen gelingt, Ausländer in die richtigen Hotels zu bugsieren: Einige gehören den Diensten praktischerweise gleich selbst.

Vor allem sollen die chinesischen Agenten aber dort Know-how abgreifen, wo es schwererreichbar, dafür aber zuhauf vorhanden ist: im Ausland. In Amerika, Japan, in Europa, und natürlich auch in Deutschland, beim Exportweltmeister, dem wichtigsten chinesischen Handelspartner auf dem Alten Kontinent.

Die Bundesrepublik stelle wegen „ihrer geopolitischen Lage, der wichtigen Rolle innerhalb der EU und Nato und vor allem als Standort zahlreicher Unternehmen der Spitzentechnologie ein begehrtes Aufklärungsziel der chinesischen Wirtschaftsspionage“ dar, warnt das Bundesamt für Verfassungsschutz in einer vertraulichen Analyse. Die gelbe Gier, so das Fazit der Geheimen, entwickle sich zur „ernstzunehmenden Bedrohung der deutschen Wirtschaftsinteressen“.

Wer sich da so genau um die Geheimnisse deutscher Wertarbeit bemüht, lässt sich für die Spionageabwehr oft schwer sagen. Das Netz der China-Dienste ist fünffach, zehnfach, zwanzigfach übereinandergelegt und ineinander verwoben. Allein bei der Volksbefreiungsarmee gibt es mindestens fünf Spähorganisationen, und auch der zivile Spitzeldienst, das Ministerium für Staatssicherheit, stellt sich als wildwucherndes Geflecht aus Schnüffeleinheiten dar. Natürlich hält sich auch das Zentralkomitee der KP mit der „Einheitsfrontabteilung“ und dem „Internationalen Verbindungsbüro“ zwei Abteilungen, die westliche Behörden als Nachrichtendienste einstufen. Und eine „Elektronische Abhörabteilung“ schnappt auf, was durch Äther und Kabel geht.

Dazu kommen die Tarnorganisationen: Der Bundesnachrichtendienst führt eine schwarze Liste chinesischer Einrichtungen, die offizell als Forschungsstellen auftreten, in Wahrheit aber weitere Spionagetrupps sein sollen, von „A“ wie „Akade-

RENE TILLMANN / AP

XINHUA / LANDOV / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Illegal nachgebaute DVD-Recorder*, chinesischer Philosoph Konfuzius: *Kopieren als Kunst*

mie für Militärwissenschaften“ bis „Z“ wie „Zhengzhou Technologieinstitut“.

Was Rüstungsprojekte angeht, läuft aber an einer Stelle alles zusammen: bei der Kommission für Wissenschaft, Technologie und Industrie für die nationale Verteidigung (Costind). Vom chinesischen Mittelstrecken-Jet, der auch mal Airbus und Boeing Konkurrenz machen soll, bis zum eigenen Flugzeugträger, bei allen wichtigen Projekten redet Costind mit.

Mit traditioneller Wirtschaftsspionage, wie Russen oder Amerikaner sie betreiben, hat die Costind-Strategie wenig zu tun. Dass die Chinesen in Deutschland unter den bis zu 250 Botschafts- und Konsulatsmitarbeitern nach Schätzungen des Verfassungsschutzes zehn Prozent Geheimdienstler haben, dazu noch unter den 2006 offiziell gemeldeten 16 Auslandskorrespondenten chinesischer Medien vermutlich 5 weitere, macht noch nicht die eigentliche Bedrohung aus.

* Vernichtung durch das Hauptzollamt Krefeld im Mai.

Die sehen Verfassungsschützer vielmehr auch in Deutschland in einer Art Volksarmee: das Heer der Chinesen im Ausland, die in Wissenschaft und Wirtschaft arbeiten, zum Teil in leitender Stellung.

Chinas Dienste können nach Einschätzung der westlichen Konkurrenz auf das größte informelle Spionagenetz der Welt zurückgreifen: 800 000 Spitzel. „Jeder Student, jeder Geschäftsmann, der ins Ausland gelassen wird, steht in der Schuld der Partei“, bestätigt der Überläufer Chen Yonglin, ehemals dritter Sekretär des chinesischen Konsulats in Sydney. „Er revanchiert sich als Spitzel, als Denunziant.“

Allein in Deutschland studieren mehr als 27 000 Chinesen – die größte ausländische Studentengruppe; im Jahr 2000 waren es nur knapp 6000. Die meisten hängen an staatlichen Stipendien aus der Heimat, sie benötigen Papiere des Konsulats, sie sind deshalb anfällig für die Wünsche der Geheimen. Hinzu kommen Geschäftsleute, Wissenschaftler, Ingenieure, Praktikanten. Typischerweise beginnt ihr Spitzeldienst mit einer freundlichen Einladung der Botschaft, an einer Veranstaltung der chinesischen Auslandsgemeinde teilzunehmen. Es wird geplaudert. Wo man denn arbeitet und woran, scheinbar unverfänglich.

„So was wird nach China weitergemeldet“, heißt es beim bayerischen Verfassungsschutz. Und passt alles zusammen – die Stelle in Deutschland mit den Beschaffungswünschen der Chinesen –, decken die Anwerber bei einem zweiten Gespräch die Karten auf. Sie versprechen selten Geld, eher mal einen guten Job nach der Rückkehr in die Heimat oder billige Kredite für eine Geschäftsgründung. In erster Linie appellieren sie aber an den Nationalstolz der Auslands-Chinesen, an die patriotische Verantwortung für das Wohl ihres Heimatlandes.

Damit kein möglicher Zuträger verlorengeht, führen die Geheimdienstler in den Botschaften genau Buch: Glaubt man dem vertraulichen Bericht des Verfassungsschutzes, hat China längst eine weltweite Wissenschaftler-Datenbank aufgebaut. Sie enthält Angaben über alle chinesischen Forscher im Ausland, mit Daten über ihre früheren und aktuellen Arbeitgeber.

Natürlich ist nicht jeder Student, Doktorand oder Gastprofessor ein Informant,

Jeder Student, der ins Ausland gehen darf, steht in der Schuld der Partei.

vermutlich auch nur eine Minderheit, das Problem ist nur: Die Spionageabwehr weiß nicht, wie viele es doch sind. Sie kennt nur die Fälle, in denen China-Spione auffliegen, und das sind einige, selbst wenn die chinesische Botschaft behauptet, ihre Regierung fordere ihre Bürger immer wieder auf, „ausländische Gesetze zu beachten und ausländische Sitten und Gebräuche zu respektieren“.

So fiel bei einem baden-württembergischen Rüstungszulieferer die chinesische Praktikantin L. durch besonderen Einsatz auf: Die junge Dame wollte auch am Wochenende in der Firma arbeiten. Der vermeintlich mentalitätsbedingte Fleiß entpuppte sich jedoch als geheimdienstliche Neugier. Bei einer Wohnungsdurchsuchung fand die Polizei 170 CD-Rom mit sensiblen Daten aus dem Unternehmen. Obwohl gerade erst angefangen, hatte sich die Nachwuchskraft auch schon bei einem anderen Rüstungsunternehmen beworben. Der Verfassungsschutz geht davon aus, dass ein chinesischer Dienst die Frau führte; auf eine Anzeige verzichtete das betroffene Unternehmen trotzdem, wohl auch aus Scham darüber, dass es die geheimen Daten so schlecht geschützt hatte.

Ebenfalls in Baden-Württemberg wunderten sich Kollegen über einen chinesischen Praktikanten, der – gleiches Muster – gern am Wochenende arbeitete und sich

aufdringlich bemühte, ihre Gespräche mitzuhören. Der Mann wurde als Werkspion entlarvt und entlassen.

Neugierig, eifrig, vielseitig interessiert – auch in deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten arbeiten Tausende Chinesen, die mit diesen Eigenschaften perfekte Forscher oder perfekte Spione sein könnten – vielleicht auch beides. „Interna aus Besprechungen werden aufmerksam verfolgt, oftmals auch notiert“, heißt es im China-Bericht des Verfassungsschutzes, ihre „privaten Laptops weisen sensible Daten aus dem ganzen Forschungsspektrum auf, und bisweilen endet der Gang zur Toilette irrtümlich unter einem Schreibtisch an einem USB-Port“.

Gesammelt wird nach dem Prinzip Sandkorn: Keine Information ist zu klein, kein Detail zu unwichtig, um gen Osten geschickt und in einer der vielen Agenturen des Sicherheitsapparates ausgewertet zu werden. Damit aber die Zuträger nicht nur ein paar Sandkörner finden, sondern am besten gleich einen ganzen Sandkasten, helfen die Nachrichtendienste schon mal nach.

Besonders kaltschnäuzig bei einem Wissenschaftler, der nach seiner Doktorarbeit nach Deutschland kam und die Ergebnisse der hiesigen Spitzenforschung ausspionierte. Die Volksrepublik hatte ihn nicht nur mit einem Stipendium von 1100 Euro im Monat ausgestattet, sondern gleich noch mit einer Vita, die ihm im Jahr 2006 die Türen zu einer Stuttgarter Forschungseinrichtung öffnete. Der Lebenslauf strotzte vor wissenschaftlichen Veröffentlichungen und protzte damit, dass der Mann sogar schon eine Professur an einer heimischen Universität innehabe.

Es dauerte ein paar Monate, bis sein deutscher Chef merkte, dass der Chinese auf seinem Fachgebiet eine völlige Niete war und nicht mal in der Lage, wissenschaftliche Ergebnisse ordentlich zu präsentieren. Umso mehr interessierte er sich für Forschungsgebiete, mit denen er eigentlich nichts zu tun hatte, fotografierte ständig technische Einrichtungen, blieb gern am Wochenende am Arbeitsplatz und mailte sich die Finger wund.

„Familiensachen“ seien das gewesen, rechtfertigte er sich, als ihn der Institutsleiter zur Rede stellte. Merkwürdig nur, dass die E-Mails mit den „Familiensachen“ oft Anhänge mit mehr als zehn Megabyte hatten. Der Verfassungsschutz observierte den neugierigen Mitarbeiter – bis im März dieses Jahres endlich der Vertrag auslief; das Konsulat hatte sich geweigert, den Landsmann vorher abzuziehen.

Dass sich Chinesen mit Lebensläufen bewerben, die zu 100 Prozent auf die Stellenanzeige passen, erleben auch Hightech-Unternehmen immer wieder. Ebenso Besuche von chinesischen Delegationen, die angeblich groß mit den Deutschen ins Geschäft kommen wollen und deshalb erst mal so viel wie möglich sehen möchten. Ein Anlagenbauer etwa begrüßte im Frühjahr 2006 eine 20-köpfige Gruppe des chinesischen Joint-Venture-Partners zur Werksbesichtigung in Deutschland – als man die Chinesen wieder verabschiedete, waren es nur noch 18. Die fehlenden beiden sind seitdem verschollen, samt Werksausweisen.

Auch schon vorgekommen: Bei einer Firmenvisite, gerade war Kaffeepause, schlich sich ein Gast aus China in den verlassenen Tagungsraum zurück und steckte einen Speicher-Stick in die herumstehenden Laptops. Dabei kommt den Datendieben sehr entgegen, dass gerade beim deutschen Mittelstand die Wachsamkeit gegenüber Werkspionen nicht nur in Kaffeepausen ausgeschaltet wird: „Für viele Firmen endet das Thema Sicherheit nach wie vor beim Pförtner in der Werkseinfahrt“, ärgert sich Berthold Stoppelkamp von der Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit der Wirtschaft, „dieser Zustand muss dringend geändert werden.“ So gaben bei einer ASW-Umfrage mehr als zwei Drittel der Unternehmen an, dass es bei ihnen schützenswertes Know-how gibt, aber nicht mal ein Drittel, dass sie auch ein Schutzkonzept haben. Noch immer packen sich deutsche Manager für Reisen

„Besoffen vor Glück“

Baden-Württembergs Verfassungsschutzchef Johannes Schmalzl, 42, über Chinas Spionage

THOMAS KLINK

Verfassungsschützer Schmalzl
„Manche kopieren mit Inbrunst alles“

SPIEGEL: Im nächsten Jahr wird China die Bundesrepublik als Exportweltmeister ablösen; vermutlich haben die Chinesen die Deutschen schon jetzt von Platz drei der stärksten Wirtschaftsnationen verdrängt. Sie und Ihre bayerischen Kollegen kümmern sich in Deutschland besonders intensiv um die Abwehr chinesischer Wirtschaftsspionage. Boomt China dank des Ideenklaus?

Schmalzl: Bei allem Misstrauen: China verdankt seinen Erfolg in erster Linie eigenen Anstrengungen. Außerdem prophezeie ich Ihnen: In 20 Jahren werden Sie die Frage gar nicht mehr stellen müssen.

SPIEGEL: Warum?

Schmalzl: Weil die Chinesen dann keinen geistigen Diebstahl mehr nötig haben. Wenn man sieht, was dort zurzeit an jungen Wissenschaftlern heranwächst, kann man davon ausgehen, dass künftig deutsche Unternehmen schauen müssen, was die Chinesen machen, nicht umgekehrt.

SPIEGEL: Noch aber rauben die Chinesen deutsches Know-how.

Schmalzl: Das ist leider so. Was der Westen in mehreren Generationen geschafft hat, will China in einer erreichen. Es geht den Chinesen darum, den Weg abzukürzen. Dazu nutzen die chinesischen Nachrichtendienste jede Möglichkeit. 60 Prozent unserer Verdachtsfälle haben inzwischen mit China zu tun.

SPIEGEL: Wirtschaftsspionage ist allerdings so alt wie die Wirtschaft selbst, und andere spionieren doch auch, die Russen zum Beispiel.

Schmalzl: Aber anders als die russischen Dienste, die es vor allem auf Rüstungstechnik abgesehen haben, konzentrieren sich die chinesischen Dienste auf Wirtschaft und Wissenschaft. In kaum einem anderen Land sind die Zielvorgaben für die Forschung so klar wie in China, und die Nachrichtendienste arbeiten das konsequent ab. Dazu kommt für uns das Problem der schieren Masse. Wir haben 27 000 chinesische Studenten in Deutschland, außerdem zahlreiche Gastwissenschaftler …

SPIEGEL: … die sicher nicht alle spionieren …

Schmalzl: … nein, natürlich nicht; ich will auf keinen Fall alle Chinesen unter Generalverdacht stellen. Allerdings kann ich auch nicht die Augen davor verschließen, dass es unter Chinesen im Ausland einen starken Patriotismus gibt, ein großes Gefühl der Dankbarkeit, weil sie überhaupt in den Westen reisen durften. Das nutzen chinesische Dienste aus. Sie versuchen immer öfter, ihre Landsleute im Ausland an staatliche Stellen zu binden. Und ob dann im Staatsauftrag oder aus eigenem Antrieb: Manche kopieren und fotografieren mit Inbrunst alles, was nicht gesichert und geschützt ist.

SPIEGEL: Bei vielen Firmen heißt es, die Chancen im China-Geschäft seien viel zu groß, als dass man sich von den Risiken abschrecken lassen dürfte. Will man Ihre Warnungen überhaupt hören?

Schmalzl: Das ist in der Tat manchmal ein frustrierendes Geschäft. Vor allem Start-ups und Mittelständler haben so viel mit anderen Dingen zu tun – die denken gar nicht an ihren Know-how-Schutz und die Gefahr von Spionage. Und einige werden dann besoffen vor Glück, wenn sie einen großen Auftrag vor der Nase haben.

SPIEGEL: Gerade an Universitäten ist der internationale Austausch von Forschungsergebnissen allerdings unverzichtbar, die Arbeit von Gastprofessoren, ausländischen Doktoranden und Praktikanten ausdrücklich erwünscht. Da müssten Sie also schon an die Wurzeln der Wissenschaft herangehen, um die Risiken zu verringern.

Schmalzl: Nein. Die Globalisierung ist hier nicht zu bremsen, und das wollen wir auch gar nicht. Die Lage ist nun mal so, dass wir einerseits in manchen Forschungseinrichtungen bis zu 70 Prozent ausländische Wissenschaftler haben und sich andererseits Institute bis zu drei Viertel über Drittmittel finanzieren, also durch industrienahe Forschung. Es kann uns nur darum gehen, dass eine Institutsleitung ein Auge für auffälliges Verhalten hat. Erst wenn wir solch einen Anfangsverdacht haben, können wir ein intensives Gespräch mit dem entsprechenden Mitarbeiter führen. Und so etwas mündet dann durchaus in Ergebnissen …

SPIEGEL: … die sich aber nicht an der Zahl der Strafverfahren ablesen lassen: Es gibt kaum Spionageprozesse gegen Chinesen.

Schmalzl: Für die Spionageabwehr steht die Strafverfolgung nicht unbedingt an erster Stelle. Ob es zu einem Prozess kommt oder nicht, sagt deshalb nur wenig über den Grad der Gefährdung aus, ebenso wenig über den Erfolg unserer Gegenmaßnahmen. Im Übrigen darf man nicht vergessen, dass im Umgang mit Verdächtigen immer auch außenpolitische Interessen eine Rolle spielen. Wichtig ist deshalb, dass in politischen Gesprächen mit Staaten, die in Deutschland Unternehmen und wissenschaftliche Institute ausforschen, das Thema Wirtschaftsspionage immer wieder angeschnitten wird. Nur so bekommen wir das Problem dauerhaft in den Griff.

INTERVIEW: JÜRGEN DAHLKAMP, MARCEL ROSENBACH

die Festplatten ihrer Laptops mit dem Stand der Technik voll, und noch immer plaudern gerade deutsche Ingenieure voller Stolz über ihre jüngsten „Babys“. Dass die dann vom Praktikanten nach China entführt werden, trifft sie wie ein Schlag aus dem Nichts.

Die Deutschen stehen mit solchen Erfahrungen allerdings nicht allein. In Frankreich etwa hortete eine chinesische Mustermitarbeiterin des Autozulieferers Valeo in ihrer Wohnung die streng geheimen Computerdaten zahlreicher Auto-Prototypen, in den USA listete ein Untersuchungsbericht für das Repräsentantenhaus 16 technologische Durchbrüche auf, die dem Reich der Mitte nur durch Wirtschaftsspionage gelungen sein könnten. „China ist die größte Spionage-Bedrohung für die Vereinigten Staaten“, resümierte 2005 das FBI.

Für die US-Regierung ist so etwas ein klarer Arbeitsauftrag, und nicht nur für sie – Chinas Raubzüge stehen auf der politischen Tagesordnung aller Industriestaaten. Doch für harte Gegenschläge fehlte selbst den Amerikanern jahrelang der Mumm. 1996 hatten sie dem fernen Land mit Handelssanktionen im Wert von zwei Milliarden Dollar gedroht, binnen 30 Minuten hatten die Chinesen mit einer entsprechend hohen Gegendrohung geantwortet. Seitdem wissen die Amerikaner, wissen auch die anderen: Mit Kriegserklärungen erreichen sie nicht viel. Die Frage ist nur: Wie erreichen sie überhaupt etwas?

Als eine Reihe von FDP-Abgeordneten im vergangenen November von der Bundesregierung wissen wollte, was sie gegen die grassierende Produktpiraterie in China tue, bekannte sich auch Berlin unverblümt zur Wegduck-Taktik: wenn Aktionen, dann nur „gebündelte auf EU-Ebene“. Im Übrigen gelte die Strategie „Kooperation statt Konfrontation“. Und überhaupt sei die Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte nun mal „in erster Linie Aufgabe der geschädigten Unternehmen“. Neoplan, geh du voran. Irgendwo war auch noch die Rede vom „ständigen Dialog“.

Den führte schon Kanzler Gerhard Schröder. Wären es nicht die Chinesen gewesen, Fußballfan Schröder hätte vermutlich geraunzt: „Die Wahrheit liegt auf dem Platz.“ So aber verpackte er seine Forderung, die Chinesen sollten den Schutz geistigen Eigentums nicht nur regeln, sondern auch danach handeln, in der gespreizten Formulierung: „Erst die praktische Umsetzung schafft die für den internationalen Handel notwendige Vertrauensbasis.“

Angela Merkel sprach das Thema beim Staatsbesuch in Peking im Mai 2006 deutlich forscher und gleich mehrmals an. Deutschland, kündigte sie an, werde „hart und klar“ gegen Produktpiraten vorgehen. Dafür bekam sie in diesem März vom früheren Deutschland-Botschafter und Pekinger Regierungsberater Mei Zhaorong die Quittung: Der lobte alle deutschen Kanzler seit Helmut Schmidt, nur über Merkel sagte er kühl: „Vielleicht kennt sie China noch nicht so gut.“

Es besser zu kennen hilft aber auch nicht viel weiter. Die Chinesen sind höflich, immer versichern sie ihren guten Willen, versprechen, dass alles besser werde. Sie versprechen es nicht einfach so, nein, Ministerpräsident Wen Jiabao legte vor Angela Merkel sogleich ein „feierliches Versprechen“ ab, die Rechte am geistigen Eigentum zu schützen. Er bat nur um Nachsicht, um Verständnis, dass es nicht so schnell gehe, wie es sich der Westen wünsche. Das Gleiche hatte auch schon Wang

WOLFGANG THIEME / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Chinesische Gaststudenten (in Chemnitz)
Anfällig für die Wünsche der Geheimen

Auftrag Ideenklau
Operationszentralen chinesischer Geheimdienste in Peking

Sitz der Costind-Kommission

Internationales Verbindungsbüro

Ministerium für Staatssicherheit

FOTOS: LIANG ZI / IMAGINECHINA

LIN WEIJIAN / IMAGINECHINA

Wirtschaftsmetropole Shanghai: *Spionage als Doping der Volkswirtschaft*

Jingchuan, der damalige Chef des Patentamts Sipo, gesagt – 2004.

Sehr schön und beeindruckend soll auch die Rede der chinesischen Vizehandelsministerin Ma Xiuhong im Berliner Wirtschaftsministerium am 12. März gewesen sein. Sie sprach beim „Deutsch-Chinesischen Symposium – Schutz geistiger Eigentumsrechte“, und selbst Doris Möller, Leiterin der Anti-Piraterie-Stelle des deutschen Handels, dachte danach: toll, was die so vorhaben.

Wenn sie es denn wirklich tun.

Tatsächlich verbessert die chinesische Regierung auch ständig die Gesetze, um ausländisches Know-how zu schützen. Die Gesetze sind inzwischen auf deutschem Niveau, das sagen selbst die Juristen von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, die sich seit 2000 jährlich zum deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialog mit ihren Kollegen treffen. Ginge es nur nach der Zahl der Gesetze und Verordnungen – allein 2007 sollen es 14 neue sein – in China würde vermutlich nicht mal mehr ein T-Shirt nachgemacht.

Und schließlich die Sipo, die Patentbehörde, mit ihren 4000 Mitarbeitern – daran hat China nun wirklich nicht gespart. Auch der joviale Vize der Behörde für den Schutz des geistigen Eigentums, Ma Enzhong, 50, berichtet gern von all den Aktivitäten, der „Operation Sonnenschein“ gegen CD- und Video-Raubkopierer, der „Operation Blauer Himmel“ gegen Patent-Verletzer auf Messen, der „Operation Bergadler“ gegen Produktpiraterie im Allgemeinen. Und so weiter.

Nur bessert sich trotz aller Gesetze, Dialoge und Ministerreden, trotz Sonnenscheins und blauen Himmels in der Praxis zu wenig. Und in der chinesischen Provinz oft kaum etwas. Und in Peking, sobald Staatsspionage beim Know-how-Klau im Spiel ist, sowieso nichts.

Dass staatliche Hacker die Bundesregierung angegriffen haben sollen, ist für die chinesische Botschaft in Berlin nur eine „verantwortungslose Spekulation ohne jegliche Beweisgrundlage“. China nehme zu allen Beschwerden über Hacker zwar „immer eine verantwortungsvolle Haltung“ ein und eröffne umgehend Ermittlungen, aber natürlich nur, „wenn stichhaltige Beweise vorliegen“ – hier also nicht.

Dabei sind die Informationen aus den gehackten Regierungscomputern „eigentlich nur für staatliche Stellen interessant“, wie der Verfassungsschutz in seinem vertraulichen Bericht schreibt. „Aus diesem Grund muss unterstellt werden, dass der chinesische Staat an den elektronischen Attacken beteiligt ist“, heißt es dort. Eine für die chinesische Botschaft ganz „schwer verständliche“ Unterstellung, vor allem diese „immer wieder vorkommende Verwischung des großen Unterschieds zwischen den Begriffen ‚Hacker‘ und ‚Staat‘“. Statt sich in solchen Fehldeutungen zu ergehen, sei es doch auch viel besser, die „chinesisch-deutsche Zusammenarbeit des gegenseitigen Nutzens“ fortzusetzen, nicht nur im chinesischen, auch im deutschen Interesse.

LIANG ZI / IMAGINECHINA

Chinesischer Patentschützer Ma *Operation Sonnenschein*

Der Bundesregierung bleibt damit also nur ein Lächeln der chinesischen Geschmacksrichtung Süß-sauer. „China strebt die Technologieführerschaft in der Welt an“, sagt Wirtschaftsstaatssekretär Hartmut Schauerte – spätestens wenn die Chinesen also selbst etwas zu verlieren hätten, müssten sie sich schon aus eigenem Interesse an internationale Regelungen halten. Für manchen deutschen Mittelständler kommt das dann allerdings zu spät.

Wie gering in Wirklichkeit die Chancen deutscher Unternehmer sind, im staatlich entfesselten China-Kapitalismus recht zu bekommen, zeigt sich fast jedes Mal bei ihrem mühseligen, verzweifelten, oft aussichtslosen Kampf gegen Produktpiraten.

Der Brillenscharnier-Hersteller Obe aus dem badischen Ispringen etwa hatte in China die Firma Kanghua Glasses verklagt. Die Deutschen warfen Kanghua schon seit 2002 vor, ein patentiertes Verfahren zur Herstellung von Federscharnieren übernommen zu haben. Kanghua konterte mit einer Kampagne gegen die Deutschen – die wollten doch nur den Aufstieg Chinas hintertreiben.

Bei den so selbstbewussten wie empfindlichen Chinesen kann so eine Argumentation Ausländer tatsächlich schnell aus dem Markt kicken. Obe klagte trotzdem weiter – und verlor fürs Erste. Das Patent der Deutschen, so die bizarre Begründung des Gerichts, decke doch noch ein weiteres Schutzmerkmal ab; damit war die Schnittmenge mit Khangua plötzlich ganz klein und eine Urheberrechtsverletzung angeblich nicht vorhanden.

An die Grenzen chinesischer Spitzfindigkeit stieß auch die Bauer-Gruppe aus dem bayerischen Schrobenhausen. Als Bauer-Mitarbeiter 2006 über die Baumaschinenmesse in Shanghai schlenderten, fanden sie ein paar Stände weiter, bei der chinesischen Firma Sany Heavy Machinery, einen Bagger-Greifarm, den sie laut Bauer selbst erfunden und patentiert hatten. Trotzdem gelang es den Deutschen bis zum Ende der Messe nicht, den Greifarm vom Sany-Stand entfernen zu lassen, nicht mal mit Hilfe von Herrn Lu, dem herbeigeeilten Vertreter des Patentamts Sipo. Der habe wirklich den besten Willen gezeigt, sagt Geschäftsführer Sebastian Bauer, sich aber nicht durchsetzen können.

Vor allem auf dem Land, weit weg von Peking, sind deutsche Unternehmen so gut wie chancenlos, so die Erfahrung von Hannes Hesse, dem Geschäftsführer des Maschinen- und Anlagenbauverbandes VDMA. Die Rechtsordnung steht hier oft nur auf dem Papier, was zählt, ist die chinesische Gesellschaftsordnung und „Guanxi“.

Guanxi – das beschreibt ein Geflecht von Förderung und Forderung, in das jeder Chinese hineinwächst. Wer gibt, hat Anspruch, dass ihm zurückgegeben wird. Wer nimmt, hat die Pflicht, sich beizeiten er-

„Ergebnis der Profitgier“

Was mit Rückrufaktionen begann, droht, sich zum Handelskrieg auszuwachsen. Dabei haben die aktuellen Produktskandale viele Schuldige.

Als der heute einjährige Jensen im Alter von drei Monaten kaum noch aufhören wollte zu sabbern, kaufte seine Großmutter Marilyn Furer ein paar Schlabberlätzchen aus Plastik. Sie ging zu Wal-Mart, Amerikas größtem Einzelhändler. Oma Furers Kauf war der Beginn des jüngsten Skandals um bleiverseuchte Babyprodukte und Spielzeug aus chinesischer Produktion. „Nie hätte ich es für möglich gehalten, dass Babys solchen Gefahren ausgesetzt werden könnten“, sagt Mrs Furer, die in einem Vorort von Chicago lebt.

Aus reiner Vorsicht überprüfte sie mit einem Laientest den Bleigehalt des Lätzchens, auf dem ihr Enkel Jensen so gern herumkaute: Die Probe färbte sich tiefpink. Unabhängige Verbraucherschützer des kalifornischen Center for Environmental Health (CEH) bestätigten ihren Verdacht und schlugen Alarm.

Die Folge: Landesweit zogen die Konzerne Wal-Mart und Toys“R“Us die verseuchten Lätzchen aus dem Verkehr. „Ohne die resolute Oma und unser kleines Team hier wäre das nie aufgeflogen“, sagt CEH-Co-Chef Charlie Pizarro. Die US-Behörden würden „eher die Profite der Konzerne als die Interessen der Verbraucher schützen“. Ein Milliardengeschäft steht auf dem Spiel.

CHINA DAILY / REUTERS

Behördenchef Li *Viel Arbeit*

Branchengiganten wie der US-Konzern Mattel („Barbie“, „Fisher Price“) riefen bereits Spielzeuge in Millionenzahl zurück. Sandeimer, Kreisel und Kinderschmuck – die Rückrufaktionen häufen sich. Niemand weiß, welche Spiel- oder Produktgruppe als Nächstes genauso betroffen sein wird. Sicher ist nur: Über 70 Prozent der Spielzeuge in den USA werden aus China importiert.

Doch was als gewaltige Rückrufaktion begann, hat innerhalb weniger Wochen auch noch einen Grundsatzstreit entfacht über die Schattenseiten der Globalisierung und das Verhältnis der Werkbank China zu ihren Kunden in den westlichen Konsumgesellschaften.

Ausgerechnet in der bunten Welt von „Sesamstraße“ und Co. kommen nun obskure Verbindungen zutage: zwischen Verbrauchern, die nach immer billigerem Spielzeug verlangen, westlichen Konzernen, die bei ihren chinesischen Produzenten die Preise drücken, und ihren oft ausbeuterischen Auftragnehmern in Fernost, wo Arbeitsschutz und Qualitätskontrolle häufig keine Rolle spielen.

Li Qiang, 35, ist so eine Art chinesischer Günter Wallraff: Jahrelang hat der Jurist malträtierten Arbeitern undercover Rechtsbeistand geleistet. Im Jahr 2000 zog er nach New York, weil er sich in seinem Heimatland nicht mehr sicher fühlte. Jetzt ist er Chef der Organisation China Labor Watch, die sich um Arbeiterrechte kümmert und Anfang voriger Woche einen dicken Bericht über chinesische Spielzeughersteller publizierte.

„Die schlechte Spielzeugqualität ist das Ergebnis der Profitgier internationaler Konzerne“, sagt er. Seine Kollegen vor Ort haben die Arbeitsbedingungen in acht Fabriken untersucht, die unter anderem für die US-Konzerne Disney und Hasbro produzieren. Einige seiner Resultate: Vielerorts werden billigere, gefährlichere Chemikalien eingesetzt, um Geld zu sparen.

Arbeiter müssen Spielzeug mit bloßen Händen besprühen und wissen nicht, welchen Gefahren sie ausgesetzt sind. „Ihre Hände sind verrottet“, sagt Li. Der Aktivist hat seinen Bericht wochenlang zurückgehalten, um den Konzernen die Möglichkeit zum Handeln zu geben. Als Reaktion auf seine Anfragen habe er aber nur Abwiegeln und Schönfärberei erlebt, sagt er.

Andererseits fehlt es nicht nur in China an Kontrollen: Zwar leitete beispielsweise Deutschland im vergangenen Jahr 183 Warnmeldungen wegen Spielzeugproblemen an die EU-Kommission weiter. Doch tatsächlich ist die Aufsicht löchrig, auch, weil die Behörden um Zuständigkeiten rangeln.

Eigentlich sollen die staatlichen Gewerbeaufsichtsämter darüber wachen, dass nur ungefährliche Produkte in den Handel kommen. Die Tester fahnden freilich nur nach scharfen Kanten oder falscher Verarbeitung. Verbotene Weichmacher in Babypuppen? Das wäre eigentlich Sache kommunaler Lebensmittelkontrolleure, die sich angesichts leerer Haushaltskassen teure Tests oft sparen müssen.

SINOPICTURES

Spielzeugproduktion (in Guangdong): *Nicht nur*

„Dabei müsste eigentlich viel mehr kontrolliert werden“, sagt Hans-Jörg Windberg, Leiter der Produktsicherheitsgruppe bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. „Wir finden höchstens die Spitze des Eisbergs.“

Kennzeichnungen wie das CE-Etikett helfen wenig, obwohl das signalisieren soll, dass sich Hersteller und Importeure an europäische Vorschriften halten. „Viele der beanstandeten Produkte waren CE-gekennzeichnet“, sagt Niedersachsens Verbraucherminister Heiner Ehlen (CDU), der deshalb fordert: „Statt eines ständigen Räuber-und-Gendarm-Spiels mit den Herstellern brauchen wir klare Kennzeichnungen und eine lückenlose Rückverfolgbarkeit.“

Li Changjiang, 63, Chef der Pekinger Behörde für Produktqualität, kann sich angesichts solcher Debatten vor Arbeit neuerdings kaum noch retten. Kaum ein Tag vergeht, ohne dass sich der hochrangige Kader in den staatlich kontrollierten

in China fehlt es an Kontrollen

Medien zu Wort meldet. Seine patriotische Mission: heimische Waren vor „Dämonisierung“ durch das Ausland in Schutz zu nehmen – mal mit Argumenten, mal mit Propaganda oder gleich mit Vergeltungsmaßnahmen gegen Einfuhren ausländischer Hersteller.

Vergangene Woche strahlte Chinas staatliche Fernsehanstalt CCTV eigens eine Sonderreihe aus, die auf Deutsch in etwa den Titel trug: „Vertrauen in chinesische Produkte“. Für die aufwendige Gegenkampagne lud der Sender sogar „ausländische Verbraucher“ ins Studio, darunter einen Amerikaner, der Direktor Li zu Vorwürfen wegen angeblich fehlerhafter chinesischer Import-Autoreifen befragen durfte. Li antwortete umgehend. An den Klagen sei natürlich gar nichts dran.

Ähnlich wehrt sich Peking, wenn es um Lebensmittelexporte in die Vereinigten Staaten geht: 99 Prozent der Ausfuhren würden die Qualitätsstandards erfüllen, teilt Peking mit, als gälte es, ein Wahlergebnis auf einem KP-Parteitag zu verkünden.

Schuld an der Debatte um „made in China“ sind für die Regierung ausländische Medien, die nicht sauber berichten würden. Einige würden Geschichten gar erfinden, schimpft Vize-Handelsminister Gao Hucheng. So drohte der Streit um Chinas Produkte vergangene Woche zu einem Handelskrieg zu werden.

Pekings Qualitätskontrolleure schlagen mit gleichen Methoden gegen das Ausland zurück: So wiesen sie angeblich mangelhafte US-Herzschrittmacher zurück. Auch importierte Pistazien und Fleischwaren aus den USA befand die Behörde als nicht sicher genug.

Gleichwohl wissen die roten Führer in Peking, dass sie westliche Ängste nicht nur von sich weisen können, ohne das Vertrauen in das Etikett „made in China“ dauerhaft zu beschädigen. Daher setzt Peking nun ein hochrangiges Team für Produkt- und Lebensmittelsicherheit ein.

Es soll ein erstes versöhnliches Signal an den Westen sein. Denn geleitet wird das Gremium von Vize-Premier Wu Yi. Und die ist Chefunterhändlerin bei den bilateralen Handelsgesprächen mit den USA.

Die beiden Riesen können nicht immer miteinander. Aber ohne einander dürfte es gar nicht mehr gehen.

Michael Fröhlingsdorf, Frank Hornig, Wieland Wagner

kenntlich zu zeigen. In der chinesischen Gesellschaft mit ihrem schwachen sozialen Netz bietet Guanxi oft noch den besten Schutz vor einem Absturz. Guanxi-Verpflichtungen gehen deshalb vor, zur Not auch über Gesetze und Befehle aus der Hauptstadt.

Vernetzt sind nicht nur die Produktpiraten, die in manchen Provinzen für den Großteil der Wirtschaftsleistung sorgen, sondern auch Verwaltungsbeamte bis hin zum Gouverneur, Polizisten und Richter. Deutsche in China haben dagegen normalerweise kein Guanxi – in China stehen sie damit faktisch ganz unten.

So sind auch Verfahren gegen Raubkopierer in Wahrheit oft eher chinesischer Staatszirkus als chinesische Rechtsverfolgung: Damit der Plagiator sich überhaupt stellen muss, ist üblicherweise eine saftige Bearbeitungsgebühr bei der örtlichen Verwaltungsbehörde AIC fällig, einer Art Patentpolizei – manchmal sogar eine Festnahmeprämie.

Und die Geldbußen für Fälscher fallen lächerlich gering aus. Andreas Blume, China-Experte der Industrie- und Handelskammer Pfalz, nennt für das Jahr 2003 einen Durchschnitt von 900 Euro pro AIC-Fall. Ebenso mager aus europäischer Sicht der Schadensersatz – wenn ausländische Firmen überhaupt Ansprüche durchsetzen können. Dass die erkämpfte Summe die Kosten für Privatdetektive und Anwälte

Verfahren gegen Raubkopierer sind oft nur chinesischer Staatszirkus.

deckt, gilt als Glückssache. Und manchmal versteigern AIC-Beamte die beschlagnahmten Maschinen, mit denen die Raubware hergestellt wurde, auch noch an den Höchstbietenden – das kann auch der Fälscher selbst sein.

„Früher galt die Faustformel, dass man bei einem chinesischen Produktpiraten dreimal beschlagnahmen muss, damit er sich nicht mehr erholt, heute sind es fünfmal“, unkt Ingrid Bichelmeir-Böhn, Koordinatorin für die Verfolgung von Produkt- und Markenpiraterie beim Kugellager-Hersteller Schaeffler.

Als Klassiker unter China-Frustrierten gilt der Fall der Jieyang Kentong Automobile Glass Factory, die sechs große Automarken dieser Welt gegen sich hatte, darunter DaimlerChrysler, BMW und Audi. Dreimal zwischen 1999 und 2001 schickten die Konzerne die Polizei zur Razzia vorbei: Beim ersten Mal beschlagnahmten die Fahnder 362 gefälschte Windschutzscheiben, beim zweiten Mal 3877, beim dritten Mal 7081.

Erst weigerte sich die lokale Verwaltung in Jiedong, dann die in Jieyang, das fällige Verfahren einzuleiten. Schließlich, die Sa-

WOLFGANG KUMM / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

Chinesische Touristengruppe (vor dem Berliner Reichstag): *Den Exportweltmeister Deutschland entmachten*

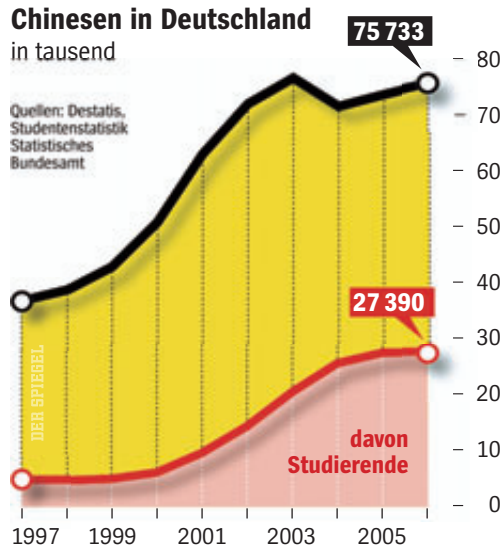
che ging durch die internationale Presse, saß doch noch ein Firmenvertreter auf der Anklagebank, aber die Strafe lag nur bei 90 000 Euro, einem Bruchteil dessen, was die gefälschten Scheiben im Handel wert gewesen wären.

„Die Chinesen haben zu Schadensersatz-Summen ein anderes Verhältnis als wir Europäer“, resigniert VDMA-Geschäftsführer Hesse. Das Problem ist aber eher: Sie haben ein anderes Verhältnis zur Tat. Was der Volkswirtschaft nützt, kann so strafbar nicht sein. Der pfälzische China-Experte Blume sieht denn auch Hinweise, dass die Chinesen „bewusst Löcher“ oder „Manipulationsspielräume zugunsten der Rechtsverletzer“ zulassen. Und auch Hesse fragt sich angesichts des Lamentos der chinesischen Regierung, dass ihr Arm nicht ständig bis in jeden Winkel des Riesenlandes reichen könne: „Wer sagt denn, dass das nicht genau so gewollt ist?“

In ihrer Ratlosigkeit haben die USA im April deshalb doch noch eine Klage bei der Welthandelsorganisation WTO gegen China eingereicht, der Vorwurf lautet auf Verletzung des geistigen Eigentums.

Die EU belässt es dagegen bei einer Drohung – für China eine Einladung, die Westmächte gegeneinander auszuspielen. Was die Amerikaner da mit ihrer Klage täten, empörte sich ein chinesischer Regierungssprecher, das schade nicht nur einem guten Miteinander in Fragen des Urheberrechtsschutzes. So etwas wirke sich natürlich auch gar nicht günstig auf den gemeinsamen Handel aus. Für Jürgen Heraeus, Aufsichtsratschef von Heraeus in Hanau und China-Sprecher beim Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, eine erwartbare Reaktion: „Wer mit seiner Kritik an China vorangeht, trägt immer das Risiko, dass sich die Chinesen anderen zuwenden.“

Selbst wenn die Volksrepublik ihre unfeinen Beschaffungsmethoden eines Tages doch noch aufgeben müsste, woran im Westen niemand ernsthaft glaubt und in China wohl auch niemand ernsthaft denkt, bleibt ihr noch eine Alternative: der Kauf von Firmen. Kein Land hat höhere Devisenreserven, 1330 Milliarden Euro liegen für Investitionen bereit. Und nach Jahren, in denen sich das rohstoffarme Reich an Kupferminen in Sambia oder Ölgesellschaften in Kasachstan beteiligte, erwarten Experten vermehrt Einkäufe im Hightech-Bereich. So wie schon bei der PC-Sparte von IBM, die der chinesische Konzern Lenovo 2004 kaufte.



Eine Art Übernahmeversuch soll es jüngst auch schon in Deutschland gegeben haben. Weil der Kandidat jedoch keine Firma, sondern ein Forschungsinstitut war, soll er noch mal auf die klassische Weise abgelaufen sein: feindlich, mit geheimdienstlichen Mitteln.

In einem Stuttgarter Forschungsinstitut hatte es ein chinesischer Wissenschaftler, Spezialist für temperaturresistente Metalle, auf eine leitende Stelle gebracht; im Laufe der Zeit holte er immer mehr Landsleute nach. Deutsche dagegen bekamen in der Abteilung Probleme und gingen. „Einen nahezu abgeschotteten chinesischen Wirkungskreis“ habe sich der Forscher geschaffen, heißt es im China-Bericht des Verfassungsschutzes, eine Kontrolle sei kaum mehr möglich gewesen.

Aber wohl nötig: Ständig hatte der Chinese Kontakt zu seiner Botschaft, übte gleichzeitig noch ein Lehramt in China aus, und wenn er nicht im Haus war, übernahm seine Frau die Rekrutierung von Landsleuten und forderte von den Mitarbeitern regelmäßig Tätigkeitsberichte an – dabei war die Frau im Institut nicht mal angestellt.

Spionage oder nicht? Der deutschen Institutsleitung war die Sache schließlich nicht mehr geheuer, sie stutzte den Freiraum, den sich der Forscher genommen hatte. Der kündigte seine Stelle – und zog weiter. Inzwischen hat der Mann einen Lehrauftrag an einer US-Universität angenommen.

Jürgen Dahlkamp, Marcel Rosenbach, Jörg Schmitt, Holger Stark, Wieland Wagner